



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. November 2009 (04.12)
(OR. en)**

16457/09

COPEN 234

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Claire Fielder, JI-Referentin, Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der Europäischen Union
Empfänger:	Ivan Bizjak, Generaldirektor, GD H (JI), Generalsekretariat des Rates
Eingangsdatum:	16. Oktober 2009
Betr.:	Rahmenbeschluss 2005/214/JI vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen - Notifizierungsschreiben

Die Delegationen erhalten anbei ein Notifizierungsschreiben des Vereinigten Königreichs.

Herrn Ivan Bizjak
Generaldirektor
Generaldirektion H (JI)
Generalsekretariat des Rates
Rue de la Loi 175
B-1048 Brüssel

Brüssel, den 12. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Bizjak,

An das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union und die Europäische Kommission gerichtete Erklärung des Vereinigten Königreichs betreffend die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen

Unter Bezugnahme auf Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen teilt das Vereinigte Königreich dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission mit, dass es den vorgenannten Rahmenbeschluss bis zum 12. Oktober 2009 umsetzen wird.

Benennung der zuständigen Behörden:

Wenn das Vereinigte Königreich Entscheidungsstaat oder Vollstreckungsstaat ist, sind die folgenden Strafgerichtshöfe die zuständigen Behörden:

- ein Amtsgericht ("magistrates' court") (in England und Wales),
- ein Amtsgericht ("sheriffs court" oder "JP court") (in Schottland),
- das Krongericht ("Crown Court"), ein Amtsgericht ("magistrates' court") und jedes Berufungsgericht (in Nordirland).

Benennung der zentralen Behörden:

Das Vereinigte Königreich hat zentrale Behörden eingerichtet, die für die administrative Übermittlung und Entgegennahme der Entscheidungen gemäß Artikel 4 Absatz 7 verantwortlich sind. Die Bescheinigung, mit der um Vollstreckung gemäß dem Rahmenbeschluss nachgesucht wird, und die Entscheidung über die Zahlung einer Geldstrafe oder Geldbuße (oder eine beglaubigte Abschrift dieser Entscheidung) sind an die folgenden Adressen zu senden, je nachdem, in welchem gerichtlichen Zuständigkeitsbereich des Vereinigten Königreichs die verurteilte Person sich aufhält, über Vermögen verfügt oder Einkommen bezieht:

England und Wales:

Mutual Recognition of Financial Penalties Central Authority
London Central Accounts Office
Her Majesty's Courts Service
65 Romney Street
LONDON
SW1P 3RD

Tel.: +44 020 805 1890

E-Mail: GL-mrfp.cao@hmcourts-service.gsi.gov.uk

Fax: 020 7805 1892

Schottland:

The Sheriff Clerk
Sheriff Court House
27 Chambers Street
EDINBURGH
EH1 1LB

Tel.: +44 0131-2252525

Fax: 0131-2254422

E-Mail: Edinburgh@scotcourts.gov.uk

Nordirland:

Business Development Group
Northern Ireland Court Service
Laganside House
23 - 27 Oxford Street
BELFAST
BT1 3LA

Tel.: 028 90328594

E-Mail: businessdevelopmentgroup@courtsni.gov.uk

Umsetzung:

In Anbetracht des Artikels 20 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses, nach dem die Mitgliedstaaten den Wortlaut der Bestimmungen, mit denen sie die sich aus dem Rahmenbeschluss ergebenden Verpflichtungen in ihr innerstaatliches Recht umgesetzt haben, dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission mitzuteilen haben, übermittle ich Ihnen anbei eine Abschrift des *Criminal Justice and Immigration Act 2008*, mit dem dem Rahmenbeschluss in England, Wales und Nordirland Rechtswirkung verliehen wird (sections 80-92 und *Schedule 18 & Schedule 19*).

Was Schottland betrifft, so füge ich eine Abschrift des Entwurfs des *Mutual Recognition of Criminal Financial Penalties in the European Union (Scotland) Order 2009* bei. Dieser Erlass muss vom schottischen Parlament noch endgültig verabschiedet werden. Er wurde auf Grundlage der Befugnisse ausgearbeitet, die mit den Sections 56 und 82 des *Criminal Proceedings etc. (Reform) (Scotland) Act 2007* übertragen worden sind.

Sprachen:

Hinsichtlich Artikel 16 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses erklärt das Vereinigte Königreich, dass es nur Bescheinigungen in englischer Sprache akzeptiert.

Entschädigungen:

Hinsichtlich Artikel 1 Buchstabe b Ziffer iii des Rahmenbeschlusses verlangt das Vereinigte Königreich, dass Entschädigungen in Pfund Sterling direkt an die Anspruchsberechtigten im Vereinigten Königreich gezahlt werden.

Ich werde der Europäischen Kommission ein gleichlautendes Schreiben übermitteln.

[Schlussformel]

Claire Fielder

Erste Sekretärin, Justiz und Inneres

Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der EU